

Aktuelle Hauptstadtinfos

Woche vom 06.02. – 10.02.2012

Unser Projekt heißt Zukunft.
Machen Sie mit.



SPD

Inhalt

1. Energie-Effizienz und Industriepolitik: Energiepolitik ist weit mehr als Klimapolitik
2. Pflegereform – was wird daraus?
3. Doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen
4. Atomgiftfässer aus der Asse holen!



Energiepolitik ist weit mehr als Klimapolitik

Nach dem Ausstieg vom Ausstieg und der dann folgenden Rolle rückwärts von Union und FDP, droht nun das wichtigste Umbau- und Infrastrukturprojekt des Jahrzehnts vor die Wand zu fahren. Der Dauerstreit zwischen Wirtschaftsminister Rösler (FDP) und seinem Umweltkollegen Röttgen (CDU) um Fördergelder, das kleinkarierte Regierungschao und die Ignoranz von Merkel gefährden zwischenzeitlich die Energiewende. Kommunale, aber auch Wirtschaftsvertreter, schlagen Alarm. **Das Nichthandeln der Regierungsparteien ist unverantwortlich!**

Selbst die Industrie, besonders die Vertreter energieintensiver Unternehmen, klagen über das mangelhafte Politik-Management und die fehlende Koordination der Energiewende durch die Koalitionäre. Das Regierungshandeln bleibt stets vage, scheint unabgestimmt und lässt Fragen nach Versorgungssicherheit, Preiseentwicklung, Fortschritten beim Klimaschutz und auch bei zuverlässigen Rahmenbedingungen für Investoren offen. Beispiel Schleswig-Holstein: das Bundesland hat von den bis 2014 geplanten und benötigten 700 Kilometern Netzausbau, um regenerative Energien von der Küste ins Inland zu transportieren, gerade mal 30

„Kommunale Spitzenpolitiker fordern mehr Hilfe für Energiewende vor Ort

Ohne die tatkräftige Unterstützung durch Deutschlands Städte und Gemeinden wird die Bundesregierung die Umsetzung der Energiewende nicht stemmen können. Das machten zehn Oberbürgermeister am 30.

Januar während einer gemeinsamen Arbeitssitzung mit dem Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung deutlich.

Die Stadtoberen engagieren sich mit weiteren kommunalen Spitzenpolitikern aus ganz Deutschland in dem vom Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) initiierten Dialog „Nachhaltige Stadt“.

Große Sorgen bereitet ihnen, dass die energetische Gebäudesanierung finanziell im Stich gelassen wird: Hier fehle es an finanzieller Förderung durch den Bund und an politischem Mut zu ergänzenden ordnungsrechtlichen Maßnahmen.“

Quelle: <http://www.nachhaltigkeitsrat.de/news-nachhaltigkeit/2012-02-09/kommunale-spitzenpolitiker-fordern-mehr-hilfe-fuer-energie-wende-vor-ort/>

Kilometer realisiert! Auch die schwarz-gelbe Landesregierung in Kiel hat Genehmigungen hinausgezögert. Ergebnis, typisch schwarz-gelb: Verunsicherung der Investoren, Lieferschwierigkeiten bei Spezialkabeln, Probleme mit Baugenehmigungen und bei der Finanzierung stellen den Ausbau einer der wichtigsten regenerativen Energiequellen unseres Landes in Frage.

Leider reichen Lippenbekenntnisse zum Abschalten von AKWs und eine Flut von Kommissionen und Horden von Beratern nicht aus, um eine tatsächliche Energiewende hinzubekommen. Wir Sozialdemokraten sind überzeugt, dass wir die politische Zuständigkeit für erfolgreiche Energiepolitik sowie die Kompetenz für den Netzausbau in eine Hand legen müssen, um ein koordiniertes Vorgehen zu ermöglichen.

Die SPD begreift das Energienetz als so etwas wie ein Nervensystem unserer Industriegesellschaft. **Unfaire Preise für Strom und Schwankungen im Netz müssen verhindert werden.** Es muss jetzt eine Initiative zur Stabilisierung des Versorgungssystems her – ansonsten droht die Energiewende an Merkels Kleinkariertheit und der Inkompetenz ihrer Minister zu scheitern.

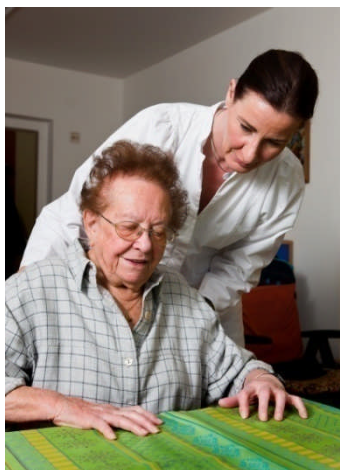
Die Energiewende muss endlich richtig und mutig angegangen werden, weil sie entscheidend für unsere Zukunft ist. Die Aktuelle Stunde zum Thema Energie-Effizienz nutzten wir um klarzustellen, dass wir Energiepolitik für eine zentrale Säule der industriellen Modernisierung unseres Landes halten. Wir haben diese Debatte deshalb auch mit unserer Initiative für eine moderne Industriepolitik, über die wir in der letzten Ausgabe der *Aktuellen Hauptstadtinfos* ausführlich berichtet haben, verbunden. Wir wiederholen **unsere Forderung: Wir brauchen für Deutschland, auch für Europa, eine Weichenstellung Richtung Realwirtschaft und ein groß angelegtes industrielles Erneuerungsprogramm.** Wir brauchen eine Besteuerung von Finanztransaktionen und wir müssen mit den Einnahmen daraus in reale Wertschöpfung investieren. Dabei dürfen wir nicht dem Irrglauben erliegen, dass wir in Zukunft denselben Energiebedarf haben werden wie heute, nur dass der Strom dann nicht mehr von AKWs produziert wird. Wir müssen mit weniger auskommen. Daher ist und bleibt Energie-Effizienz das Schlüsselthema der nächsten Jahre.

Um es mit den an die Regierungsbank gerichteten Worten von Frank-Walter Steinmeier in seiner sehr guten Rede bei der Aktuellen Stunde zur „Energie-Effizienz“ am Mittwoch im Plenum zu sagen : „Energiepolitik ist mehr als Klimapolitik. Sie ist im besten Sinne des Wortes auch moderne Wirtschaftspolitik. Die setzen Sie mit Ihrem energiepolitischen Dilettantismus gerade aufs Spiel!“

Pflegereform – was wird daraus?

Der Gesundheitsminister Rösler hatte 2011 vollmundig zum „Jahr der Pflege“ erklärt. Gleichzeitig hat er angekündigt, ein neues Konzept für die Pflegeversicherung vorzulegen. Nun haben wir bereits Februar 2012 und auch sein Nachfolger Bundesminister Bahr hat immer noch keinen Gesetzentwurf vorgelegt, über den wir im Parlament und in den zuständigen Ausschüssen diskutieren können. Lediglich einen Referentenentwurf gibt es bisher.

Dabei ist eine Reform der Pflegeversicherung dringend notwendig. Seit der Einführung einer Pflegeversicherung 1995 ist die Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland kontinuierlich gestiegen. Im Jahr 2009 waren 2,2 Millionen Menschen pflegebedürftig. Für das Jahr 2030 werden 3,2 Millionen Pflegebedürftige und für das Jahr 2050 4,2 Millionen Pflegebedürftige prognostiziert, also alle 20 Jahre 1 Million mehr. **Der wachsenden Zahl von Pflegebedürftigen steht ein zu erwartender Mangel an Pflegekräften gegenüber.** Für das Jahr 2030 wird der Mangel an Fachkräften auf 160 000 Pflegekräfte geschätzt.



Wir wissen um den demografischen Wandel. Wir wissen, dass wir erfreulicherweise alle immer älter werden. Es besteht also Handlungsbedarf. Nach vielen Wochen Vorarbeit in kleineren Runden haben die Gesundheitspolitiker der SPD-Bundestagsfraktion in dieser Sitzungswoche eine ausführliche Klausursitzung gehabt, um unser Konzept für eine Reform der Pflegeversicherung zu besprechen. **Wir sind uns einig: Wir brauchen ein Gesamtkonzept Pflege, mit dem wir für Pflegebedürftige die Unterstützung und Sicherung der Teilhabe ausweiten, Pflegepersonen weiter entlasten, gute Arbeit für Pflegekräfte ermöglichen und Pflegeinfrastruktur ausbauen.** Gerade in strukturschwachen Regionen - wie bei uns in Nordhessen - müssen wir die Möglichkeiten der Familien, der Nachbarschaften, des ehrenamtlichen Engagements nutzen und stärken; selbstverständlich verbunden mit professionellen Pflege- und Betreuungsstrukturen.

Wir wissen übrigens auch, dass **die Zahl der der Demenzerkrankten in unserer Gesellschaft stetig steigt.** Hier hat die Bundesregierung beschlossen, ab 2013 die Leistungen und die Wahlmöglichkeiten für pflegebedürftige Demenzerkrankte zu erhöhen. Wir Sozialdemokraten begrüßen diese Maßnahmen, auch wenn von der angekündigten, grundlegenden Strukturreform wenig übrig geblieben ist.

Sie bedeuten im Einzelnen:

- **Demenzerkrankte**, die wegen ihres körperlichen Zustands bisher keiner Pflegestufe zugeordnet werden konnten, bekommen künftig ein Pflegegeld von 220 Euro/Monat oder Pflegesachleistungen von 325 Euro/Monat.
- Darüber hinaus werden auch bei den **Pflegestufen die Leistungen erhöht:**
 - **Pflegestufe 1:** Pflegegeld plus 70 Euro auf 405 Euro/Monat; Sachleistungen plus 215 Euro auf 765 Euro/Monat
 - **Pflegestufe 2:** Pflegegeld plus 85 Euro auf 625 Euro/Monat; Sachleistungen plus 150 Euro auf 1.350 Euro/Monat

Wir Sozialdemokraten sagen: Alles richtige Ansätze, aber alles zu wenig und eben auch viel Kosmetik. Beispielsweise für Heimbewohner hat Bahrs Reform nichts übrig. Auch eine neue Definition der Pflegebedürftigkeit traut sich die Koalition nicht zu. Der Grund ist ein ganz einfacher. Eine solche Reform kostet 3 bis 4 Milliarden pro Jahr. Dies kann nur über eine solidarische Bürgerversicherung finanziert werden, in die alle einzahlen. In diese Versicherung fließen auch in erheblichem Maße Steuermittel ein – der Witz der Geschichte ist übrigens: Die Einführung der Finanztransaktionssteuer auf Zockergeschäfte an den Börsen würde diese Milliarden einbringen. 4 Milliarden für die Pflege sind sicherlich viel Geld, aber es macht

gleichzeitig die Pflege für die Betroffenen menschlicher. Genau darum geht es. Aber wie es scheint, ist dafür dann eine neue Regierung zuständig.

Doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen

In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern sollen die deutsche sowie die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern erwerben und behalten können. Eingebürgerte müssen ihre alte Staatsangehörigkeit behalten dürfen. Zudem sind die Voraussetzungen für die Einbürgerung zu erleichtern. Voraufenthaltszeiten sollen verkürzt und Duldungszeiten angerechnet werden. Besondere Integrationsleistungen müssen honoriert und neben Ehegatten auch die Lebenspartner Eingebürgerter privilegiert werden.



Ein halbes Jahrhundert nach dem deutsch-türkischen Anwerbeabkommen muss es nun endlich ein positives Zeichen an alle in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten geben. Sie haben nicht nur zum wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands beigetragen, sondern sind auch wichtiger Bestandteil der Gesellschaft geworden und haben Kultur, Politik und Alltag geprägt. In unserem Antrag **fordern wir die Bundesregierung auf, das Optionsmodell abzuschaffen.**

Atomgiftfässer aus der Asse holen

Das Drama um die Atommüllfässer in der Asse geht weiter. Das ehemalige Salzbergwerk Asse II in Niedersachsen erfüllt nicht die Anforderungen an ein Endlager für radioaktive Abfälle. Das hat nach Jahren auch die Bundesregierung erkannt und das Bundesamt für Strahlenschutz mit der Schließung der Asse beauftragt. Das Bergwerk ist in einem baulich schlechten Zustand, daher drängt die Zeit. Die Rückholung der Abfälle verzögert sich aber nun. In unserem Antrag **fordern wir die Bundesregierung dazu auf, eine „Task-Force“ einzurichten.** Sie soll aus dem Bundesumweltminister, dem niedersächsischen Umweltminister, dem Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz, dem Landrat sowie einem Vertreter der Bürgerinitiative bestehen. Die „Task-Force“ hat das Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und die Standsicherheit des Bergwerks sowie die Rückholung der radioaktiven Abfälle zu klären. Zudem muss geprüft werden, ob das Atomgesetz zur Gefahrenabwehr heran gezogen werden kann.



Unsere Tipps:

- In diesem Jahr widmet sich der **Deutsche Bürgerpreis** den Chancen der jungen Generation auf mehr Teilhabe an der Gesellschaft. Ausgezeichnet werden ehrenamtlich Engagierte, die junge Menschen ab 14 Jahren Perspektiven aufzeigen und Orientierung geben. Wer weitere Infos haben möchte, kann sich gerne an uns wenden oder aber unter www.deutscher-buergerpreis.de die Bewerbungsunterlagen downloaden. Einsendeschluss ist der 30. Juni 2012. Viel Erfolg!
- Die **Civil Academy** bietet unter dem Motto „Wer gutes tut, sollte die Chance bekommen, es auch zu tun!“ für junge Menschen zwischen 18 und 27 Jahren, die sich in einem Projekt engagieren möchten, ein Trainingsprogramm an. Die Kosten für Anreise, Übernachtung und Teilnahme werden komplett von der Civil Academy übernommen, die sich die Förderung junger Freiwilliger auf die Fahnen geschrieben hat. Weitere Infos unter www.civil-academy.de

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia